



Pressespiegel

Ausgabe: 31.01.2026



Jüngere und Ältere sind die Verlierer auf dem Wohnungsmarkt in Duisburg und am Niederrhein



Mehr davon: „Herzenssache Wohnungsbau“. Gerade Sozialwohnungen garantieren günstiges Wohnen. Vor allem Azubis und Studierende sind darauf angewiesen. Aber immer häufiger auch Ältere, die sich ihre bisherige Wohnung nicht mehr leisten können, wenn sie in Rente gehen, sagt die IG BAU Duisburg-Niederrhein. Foto: IG BAU | Nils Hillebrand hochgeladen von Theodor Groesdonk

Studie: Nordrhein-Westfalen braucht pro Jahr 17.900 neue Sozialwohnungen

Jüngere und ältere Menschen gehören zu den Verlierern, wenn es ums Wohnen geht: „Etliche der rund 19.170 Azubis in Duisburg und am Niederrhein wohnen noch bei ihren Eltern. Und das nicht immer ganz freiwillig. Denn eine eigene Wohnung können sie sich



Pressespiegel

Ausgabe: 31.01.2026



oft nicht leisten", sagt Karina Pfau von der Industriegewerkschaft Bauen-Agrar-Umwelt (IG BAU). Das Wohnen werde gerade auch für Azubis mehr und mehr zum Problem. Das zeigt, so die IG BAU Duisburg-Niederrhein, der aktuelle „Soziale Wohn-Monitor“ vom Pestel-Institut, den die Gewerkschaft mit in Auftrag gegeben hat.

„Tragisch ist es, wenn ein Ausbildungsvertrag nicht zustande kommt, weil das Wohnen zu teuer ist. Etwa dann, wenn Jugendliche weder eine Wohnung noch ein WG-Zimmer in der Nähe des Ausbildungsbetriebs bezahlen können“, so Karina Pfau. Die Bezirksvorsitzende der IG BAU Duisburg-Niederrhein warnt: „Wenn Ausbildungsverträge am Wohnungsmangel und an zu hohen Mieten scheitern, dann ist das Maß voll. Das kann sich die heimische Wirtschaft nicht erlauben“, so Karina Pfau.

Deshalb sollten der Bund und das Land Nordrhein-Westfalen den Neubau von Azubi-Wohnungen unterstützen – vor allem im Umfeld von Ausbildungszentren. Karina Pfau spricht sich dabei auch für Steueranreize aus, wenn ein Betrieb dafür sorgt, dass seine Auszubildenden ein Dach über dem Kopf bekommen. Probleme auf dem Wohnungsmarkt hätten auch Studierende. „Deshalb muss es auch in Universitätsstädten eine gezielte Förderung für den Neubau von Studi-Wohnungen geben“, so Pfau.

Darüber hinaus warnt die IG BAU Duisburg-Niederrhein vor „Wohnarmut im Alter“. Sie hat dabei die geburtenstarken Jahrgänge im Blick: rund 159.900 Baby-Boomer in Duisburg und am Niederrhein, die nach Berechnungen des Pestel-Instituts bis 2035 komplett in Rente sein werden. „Viele der Baby-Boomer in Duisburg und am Niederrhein bekommen nur eine niedrige Rente. Denn sie haben oft Phasen von Arbeitslosigkeit hinter sich. Außerdem haben sie ganz häufig auch für niedrige Löhne gearbeitet. Wenn die Baby-Boomer in den nächsten Jahren in Rente gehen, werden etliche sich ihre bisherige Wohnung kaum oder gar nicht mehr leisten können: Sie wohnen sich regelrecht arm“, sagt Karina Pfau.

Die IG BAU warnt vor einer weiteren Verschärfung auf dem Wohnungsmarkt. „Mieten kennen seit Jahren nur eine Richtung: nach oben. Das muss sich ändern. Wir brauchen wieder sinkende und damit bezahlbare Mieten“, fordert IG BAU-Bezirkschefin Pfau. Ein wichtiger Schritt, um dahin zu kommen, seien mehr Sozialwohnungen. „Nur mehr günstiger Wohnraum sorgt für Druck auf die Mieten am Markt. Der Neubau von Sozialwohnungen muss zur politischen Herzenssache und zur Sache der politischen Vernunft werden“, so Karina Pfau.

Der „Soziale Wohn-Monitor“ vom Pestel-Institut nenne dabei eine erste Zielmarke: die Verdopplung von derzeit 1 auf 2 Millionen Sozialwohnungen bundesweit bis zur Mitte des nächsten Jahrzehnts. Für Nordrhein-Westfalen bedeute das konkret: „Bis 2035 muss es in ganz Nordrhein-Westfalen 454.900 Sozialwohnungen geben“, so Karina Pfau. Der „Soziale Wohn-Monitor“ lege damit eine deutliche Messlatte: 17.900 zusätzliche Sozialwohnungen für Nordrhein-Westfalen pro Jahr.

Um diese Zielmarke bei den Sozialwohnungen zu erreichen, sei eine intensive Förderung durch den Bund und das Land Nordrhein-Westfalen notwendig. „Die Fördergelder des Bundes müssen dabei schon gleich zum Baubeginn bereitstehen. Sie dürfen nicht erst über Jahre verteilt ausgeschüttet werden“, fordert Pfau.

Ein wichtiger Punkt seien auch die Baukosten: Um günstiger bauen zu können, biete der Regelstandard „Erleichtertes Bauen“ eine ideale Lösung. „Es geht darum, einfacher zu bauen – und damit fürs gleiche Geld mehr Sozialwohnungen bauen zu können. Und das trotzdem in guter Qualität, mit niedrigen Instandhaltungskosten“, erläutert Karina Pfau.

Außerdem müsse das Land eine öffentliche Statistik führen: „Es ist wichtig, zu wissen, wo in Nordrhein-Westfalen wie viele Sozialwohnungen pro Monat neu gebaut worden sind“, sagt die Vorsitzende der IG BAU Duisburg-Niederrhein.